

# Laibacher Zeitung.

Nr. 263.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 fr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Freitag, 15. November

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 2mal 60 fr., 2mal 80 fr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 fr., 2m. 8 fr., 3m. 10 fr. u. f. w. Insertionsstempel jeveum. 80 fr.

1867.

## Amtlicher Theil.

Se. I. I. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 8. November d. J. den Oberstaatsanwalt am Oberlandesgerichte in Kratau, Doctor Johann Sommer zum Präses des Kreisgerichtes in Larnow allergnädigst zu ernennen geruht.

## Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 14. November.

### Finanzielle Polemik.

Unter dieser Aufschrift bringt das „N. Fr. Bl.“ eine scharfe Abfertigung der „N. Fr. Pr.“, welche das Vorgehen des Finanzministers v. Bede in ihrem Artikel über Budgetüberschreitungen angegriffen hatte. Das „N. Fr. Bl.“ schreibt:

In dem Maße als Herr v. Bede mit der Majorität des Reichsrathes in gutes Einvernehmen kommt und sein Verbleiben im Amte als cisleithanischer Finanzminister gesichert erscheint, schneidet das Organ jenes Abgeordneten, der bisher in guter Hoffnung auf dieses Ministerium lebte, immer grünlere Grimassen. Niemand hat mehr als wir die großen Fähigkeiten und rednerischen Gaben jenes Abgeordneten bei jeder Gelegenheit anerkannt und gepriesen. Wohl wissend, daß die parlamentarische Regierung, diese Quelle der Freiheit und des Fortschrittes, am besten durch das Ausfauchen und Unbestreitbar Capacitäten auf der liberalen Seite des Reichsrathes gesichert wird, waren wir glücklich, neue Größen entdecken oder den bekannten neue schöne Seiten abginnen zu können. Wenn nun der Abgeordnete Professor Herbst während seiner sechsjährigen parlamentarischen Wirksamkeit nur eine einzige positive und praktische Idee zur Besserung unserer Finanzzustände, zur Beseitigung des Deficits, zur Herstellung der Vertrauenswürdigkeit hätte, wir wären die ersten gewesen, die große Glocke zu ziehen. In Ermanglung dessen haben wir seine kritischen Eigenschaften auf diesem Felde anerkannt, die auch von großem Werthe sind. Wenn diese kritischen Eigenschaften nicht ausreichen, ihn selbst zu einem tüchtigen Leiter der Finanzverwaltung zu machen, so haben sie den guten Erfolg, daß sie andere positive, praktische und ersunderische Köpfe dazu zwingen, gute Finanzminister zu werden, indem sie der kritischen Wachsamkeit gegenüber schlechte Wege und Hilfsmittel vermeiden, von der leichtfertigen Wirthschaft abgehen und ihrem Geiste richtige, redliche und erfolgreiche Maßnahmen abgewinnen müssen. Zur Zeit der ersten französischen Revolution erzwang die Guillotine große Generale und Staatsmänner, in unserer Zeit fällt diese Aufgabe der scharfen parlamentarischen Kritik anheim.

In Zeiten politischer Unruhe, in den Flegeljahren der Freiheit und des Parlamentarismus haben gesetzgebende Versammlungen gar oft den Fehler begangen, Rednergaben und kritischen Verstand mit schöpferischem Geiste und Verwaltungstalent zu verwechseln. Dieser Irrthum wurde gewöhnlich sehr hart bestraft; die Verwaltung verlor sich in die unmöglichsten Experimente, die Staatsmaschine stockte, die Bevölkerung, bestürzt, in ihren Hoffnungen getäuscht, wandte sich von ihren Idealen ab, und die Reaction triumphirte. Unser Abgeordnetenhause zeigte dadurch seine Reife, seine Befähigung zur Erfüllung der ihm gewordenen Aufgabe, daß es bloße parlamentarische Fähigkeiten von den staatsmännischen unterscheidet; es applaudirt seinen parlamentarischen Größen, es folgt ihnen Reden mit Wärme und Bewunderung; aber es gibt sich keine Mühe, ihnen Portefeuilles zu verschaffen, wo es keine Ueberzeugung hat, daß Positives und Praktisches denselben Köpfen entspringen werden, aus denen so scharfsinnige Bemerkungen, so blitzende Gedanken hervorberechnen.

Die „Neue Presse“ bemüht sich daher umsonst als officiöses Organ ihres künftigen Finanzministers, dem gegenwärtigen Leiter der Finanzen ein Bein zu stellen. Das Abgeordnetenhause zieht es vor, mit dem Minister zu gehen, den es im Amte vorgefunden, als es zu wagen, mit einem Mitglied der Majorität auf dem heikelsten Boden der Staatsverwaltung, auf dem Gebiete der Finanzen Fiasco zu machen.

Dahin sind wir aber glücklicherweise in der Verbesserung der inneren Verhältnisse gekommen, daß bloßes Anfeinden der am Ruder befindlichen Männer nicht mehr

genügt, um den Leser darüber hinwegzusetzen, ob die Motive auch gut und die Motivirungen richtig sind. In dem Artikel der „Neuen Presse“ über Budgetüberschreitungen begegnen wir der vielfach beliebten Methode, willkürliche Voraussetzungen hinzustellen und gegen diese anzukämpfen. So wird uns versichert, daß die Auslassungen des Finanzministers bezüglich des Budget-Deficits entstellend wurden. Es war nämlich in der Sitzung des Ausgleichs-Ausschusses vom 11. d. bei der Discussion der §§ 3 und 4 des Ausgleichsgesetzes vom Deficit des Jahres 1868 gar nicht die Rede, sondern die Discussion drehte sich um die Frage, ob die cisleithanischen Länder (wir möchten sie, um das häßliche, Trennung enthaltende Wort zu vermeiden, lieber Reichsrathsländer nennen) auch im Stande sein werden, die Lasten der Staatsschuld zu tragen, wenn Ungarn im Ganzen nur 30,250,000 Gulden hiezu beiträgt.

Nun muß man wissen, daß es manche Abgeordnete und Finanzkünstler gibt, welche unter vier oder auch mehr Augen aus ihrer erhabenen Idee, die Finanzkrankheit durch das heroische Mittel des Staatsbankrottes zu heilen, kein Fehl machen. Oeffentlich wagt allerdings niemand damit herauszutreten. Von diesem Gedanken mag nun die Eingebung herrühren, den Passus des Paragraphen 4 zu streichen, welcher von der Uebernahme dieser Lasten spricht. Gegen das Streichen dieser Stelle war nun, wie uns von Anwesenden versichert wird, die Rede des Finanzministers gerichtet, entschiedener Gegner wie er ist eines jeden Finanzprojectes, welches auf einen Staatsstreich gegen die Rechte der Gläubiger hinausgeht. Er suchte den Beweis zu führen, daß die Reichsrathsländer diese schweren Lasten werden tragen können, wenn in wahrhaft constitutionellem Geiste regiert, wenn die Verwaltung mit Kraft und Gewandtheit geführt, und wenn die vielen, arg vernachlässigten Reformen auf allen Gebieten des Steuerwesens und der Volkswirtschaft zur Wahrheit werden. Dann wird der Zeitpunkt kommen, wo das österreichische Deficit nicht mehr existirt. Von der Art und Weise aber, wie das diesjährige Deficit zu bedecken sein wird, war überhaupt nicht die Rede, und ist es pure Unterstellung, wenn man den Minister sagen läßt, er verstehe die Kunst, ein Decouvert ohne Appell an den Credit zu decken.

Was die Auslassungen über die Budget-Überschreitungen betrifft, mit welchen die „N. F. P.“ gestern auftrat, so treffen die wesentlichsten Diplomaten und Militärs, wofür der Reichsrath nicht competent ist.

Wie die „N. F. P.“ dazu kommt dem Finanzminister Leichtsinne vorzuwerfen, erscheint beinahe komisch; möchte sie es vielleicht lieber sehen, daß alles zur Ruine geworden? Also wenn man mit der Heiterkeit der Kraft und des guten Bewußtseins unerschrocken an die Arbeit geht, anstatt die Hand in den Schoß zu legen, so soll das Leichtsinne sein!

### 49. Sitzung des Abgeordnetenhauses

vom 12. November.

(Schluß.)

Abg. Skene äußert die Bedenken, die einer sofortigen Berathung des vorliegenden Gegenstandes im Wege stehen und die es wünschenswerth erscheinen lassen, die Berathung desselben zu vertagen. Diese Berathung wird nämlich erst dann zur Pflicht, wenn die materiellen Auseinandersetzungen mit Ungarn abgethan sind. Ohne dieselben hat die Berathung und Beschlußfassung über die Delegationen gar keinen Werth.

Das Delegationsproject hat mit der Ausgleichsfrage überhaupt gar nichts zu schaffen und es wird daher jedenfalls besser sein, die natürliche logische Reihenfolge einzuhalten.

Das 67er Elaborat selbst weist darauf hin, daß das Uebereinkommen in Beziehung auf die gemeinsamen Gegenstände getroffen werden muß, bevor die Art und Weise ihrer Behandlung in Betracht gezogen wird.

Ein weiterer Grund für die Vertagung liegt auch darin, daß der vorliegende Gesetzentwurf zwei ganz verschiedene Gegenstände, nämlich die gemeinsamen Angelegenheiten und die Behandlung derselben enthalte. Auch Gründe der Opportunität rechtfertigen das von ihm Gesagte.

Der vorliegende Gesetzentwurf sowie die Regierungsvorlage haben den großen Fehler, die Staatsidee noch mehr zu untergraben als früher, das Princip des Föderalismus einzuschwärzen, das den Staat fast unmöglich, die freiheitliche Richtung aber sicher unmöglich macht.

Redner stellt schließlich den Antrag: „Es sei nach Erledigung der Gesetze über die materiellen Auseinandersetzungen mit Ungarn in die Berathung des Gesetzentwurfes in Betreff der allen Ländern der österreichischen Monarchie gemeinsamen Angelegenheiten und der Art ihrer Behandlung einzugehen.“

(Wird von 25 Mitgliedern des linken und rechten Centrums unterstützt.)

Abg. Dr. Ryger widerlegt zunächst die Voraussetzung, von der der Ausschuss ausgehe, daß nämlich das Abgeordnetenhause der inneren Freiheit zur Berathung dieses Gegenstandes ermangle; daß sich dasselbe unter einem gewissen Drucke befinde. Auf das Meritorische der Sache übergehend, stimmt Redner dem Abg. Skene bei, daß der Ausschuss mit der Vorlage des in Berathung stehenden Gesetzentwurfes die ihm vom Hause übertragene Mission theilweise überschritt, indem er auch einen materiellen Theil in das Gesetz aufnahm, nämlich die taxative Aufzählung der gemeinsamen Angelegenheiten. Dadurch habe der Ausschuss der Zeit vorgegriffen; denn heute handle es sich bloß darum, die Form für ein künftig festzustellendes Object zu gießen. Das Object der gemeinsamen Angelegenheiten selbst gehöre nicht in das vorliegende Gesetz.

Abg. Freiherr v. Pratobevera: Wenn uns daran liegt, den uralten Verband der beiden Reichshälften nicht ganz zerreißen zu lassen, einen Verband, der beiden Theilen zur Entwicklung ihrer freiheitlichen Institutionen als Bürgschaft dienen soll, dann müssen wir ehrlich eine Ueberbrückung dieses Abgrundes anstreben, und wenn wir so die von Ungarn uns angebotene Hand im Vertrauen, daß Ungarn es mit uns ehrlich meint, nicht zurückweisen, so geben wir damit ein Beispiel der größten Selbsterleugnung, ein Beispiel österreichischen Patriotismus, der nicht ohne Rückwirkung bleiben sollte.

Ich theile zwar manches Bedenken, das in unserem Ausschussberichte niedergelegt ist, allein es ist nicht zu verkennen, daß, wenn wir zu einem Ziele gelangen wollen, wir einen Entschluß fassen müssen.

Wenn ich mich also bestimmt fühle, die Annahme des Delegationsprojectes Ihnen zu empfehlen, so geschieht es in der innigen Ueberzeugung, daß das Bedürfnis und die Nothwendigkeit gegenseitig zu einer Umgestaltung und Verbesserung dieses Institutes führen wird. Ich wünsche sehr, daß nie das Wort wahr werden möge:

„Fervescunt animi, concors discordia regnat,

Omnia concurrunt, ut ruat imperium.“

„Die Gemüther erglüh'n, einträchtig herrscht nur die Zwietracht,

Alles vereinigt sich zu der Zerstörung des Reichs.“

(Lebhafter Beifall links.)

Abg. Giovannielli betont im Eingange seiner Rede die Nothwendigkeit der gemeinsamen Behandlung der pragmatischen Angelegenheiten.

Das Kaiserthum Oesterreich ist ein einiges und untheilbares Reich vor der Wiederherstellung der ungarischen Verfassung gewesen und auch nach der Wiederherstellung geblieben.

Nur in Bezug auf die innere Verwaltung habe Ungarn die volle Selbständigkeit für sich in Anspruch genommen.

In Bezug auf den Wahlmodus für die Delegationen erklärt sich Redner für den Vorschlag der Regierung, nach welchem 40 Delegirte auf das Abgeordnetenhause und 20 auf das Herrenhause entfallen sollen, spricht sich jedoch weiter dafür aus, daß die einzelnen Delegirten nach Maßgabe des von der Regierungsvorlage vorgeschlagenen Vertheilungsmodus durch die Landtage aus den Abgeordneten, welche dieselben in den Reichsrath entsenden, gewählt werden sollen. Sowohl das October-Diplom, als das Februar-Patent bestimmen ausdrücklich, daß die Landtage die Mitglieder des Gesamtreichsrathes zu wählen haben. Nachdem die Behandlung der reichsgemeinsamen Angelegenheiten an die Delegationen übergegangen sei, so stünde verfassungsmäßig den Landtagen das Recht zu, die Mitglieder der Delegation aus ihrer Mitte zu entsenden. Wollte man dieses Recht ihnen entziehen, so wäre dies ein Eingriff in die seit jeher bestandene selbständige Stellung der Länder zur Krone und in die Stellung der Länder unter einander. Die Aufgabe des Reichsrathes sei nur die Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten der Länder der diesseitigen Reichshälfte, aber auch diese Länder vertrete er nicht vollständig und nicht nach allen Richtungen, sondern trete nur in bestimmten Functionen als ihr gemeinsames Organ auf. Redner erklärt schließlich, er werde

## 50. Sitzung des Abgeordnetenhauses

am 13. November.

Auf der Ministerbank: Ihre Excellenzen die Herren Minister Freiherr v. Beust, Graf Taaffe, Freiherr v. John.

Präsident Dr. Giska eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 50 Minuten.

Das Protokoll der letzten Sitzung wird vorgelesen und genehmigt.

Die eingelaufenen Petitionen werden den betreffenden Ausschüssen zugewiesen (darunter 8 Petitionen um Aufhebung des Concordates).

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Generaldebatte über das Delegationsgesetz.

Abg. Ritter v. Szabel: Er habe die Frage mit allem Ernste studirt, welchen eine solche in alle Verhältnisse so tief eingreifende Maßregel verdient. Er nehme nicht die Position der Besiegten ein, sondern die der Legislative und des Paciscenten. Rührigkeit, diplomatisches Benützen des Moments, dann entschiedenes Festhalten des Gewonnenen auf der einen, Nachgiebigkeit auf der anderen Seite sei die Genesis des Ausgleiches. Er sei für die Vertagung der Berathung, da auch nach seiner Ansicht der Ausschuss seine Vollmacht überschritten habe.

Der vorliegende Entwurf enthalte die Entscheidung von Principienfragen und schaffe Präjudize, welche gefährlich werden können. Man suche darin das Correctiv, daß, wenn heute auch über die Principien entschieden werde, doch die dritte Lesung verschoben werde. Doch damit sei nichts gewonnen, da nach der Geschäftsordnung in der dritten Lesung nur mit „ja“ oder „nein“ entschieden werden muß, eine Detailänderung ist unmöglich, und wie oft hat das Haus bei solchen dritten Lesungen sich von allgemeinen Rücksichten leiten lassen und die Einzelheiten übergangen. Es sei bequem, eine Nothlage zu constatiren, bequem für Unentschlossenheit.

Er constatire eine andere Nothlage, das Concordat. Hat das Haus sich dieser Nothlage gefügt oder hat es sich nicht vielmehr bestrebt, die Nothlage zu beseitigen und über geschaffene Verhältnisse hinwegzugehen? Heute trete der Ausgleich als eine solche Nothlage, die wir nicht geschaffen haben, vor das Haus, und er hoffe, dasselbe werde sich auch dieser nicht fügen. Das Haus gehe daran, folgende Principienfragen zu lösen: den Umfang der gemeinsamen Angelegenheiten, ein noch nie dagewesenes internationales Verhältniß, die Frage der Parität, die Behandlungsbasis der gemeinsamen Angelegenheiten, welche nicht parlamentarisch, nicht constitutionell ist, ja sogar unserer Verfassung auf den Leib geht.

(Freih. v. Becke erscheint auf der Ministerbank.)

Was den Umfang der gemeinsamen Angelegenheiten betrifft, so basire man diese auf die pragmatische Sanction, was so viel heiße, als das Jahr 1723 in das Jahr 1867 übertragen, was heutzutage geradezu unmöglich sei. Die Zeit sei danach angethan, daß man ohne Gefahr für den Staat nicht auf zehn Jahre zurückgreifen könne, viel weniger auf mehr als ein Jahrhundert. Was damals praktisch und für den Staat vortheilhaft war, kann heute ganz unmöglich sein.

Der zweite Punkt, dessen er erwähnte, sei das internationale Verhältniß, welches folgende Situation schaffe. Der Kaiser ermächtigt zuerst sein Ministerium zur Abschließung des Vertrages und ermächtigt dann als König sein ungarisches Ministerium zu demselben Abschluß; können diese sich nicht verständigen, so kündigt der Kaiser dem König oder umgekehrt ein Verhältniß, das mit den bisherigen Ideen über Verträge nicht vereinbar ist. Das internationale Verhältniß sei ganz danach angethan, Zwietracht zwischen den Völkern zu säen, wenn sie nicht vorhanden ist.

Den dritten Punkt, die Parität besprechend, findet Redner eine bedeutende Disparität darin, daß Ungarn des dritten Standes entbehre, in welchem die Macht des Staates ruhe. Dieser lasse sich nicht rasch schaffen, aber die Disparität wäre ausgeglichen worden, wenn Ungarn mit der anderen Reichshälfte auf das innigste zusammengegangen wäre. Auf die Behandlungsweise der gemeinsamen Angelegenheiten übergehend, bezeichnet Redner dieselbe als unpraktisch und gefährlich. Unpraktisch in wirtschaftlicher und finanzieller Beziehung, denn die Maschine werde viel zu schwerfällig sein, um ein gedeihliches Wirken im Punkte der wirtschaftlichen und finanziellen Gesetzgebung erwarten zu lassen, gefährlich in der Frage des Krieges und des Friedens.

Sich gegen die Auslassung des Freiherrn v. Giovanelli wendend, bemerkt Redner, die Delegationen werden benützt, um Strebungen zu fördern, welche darauf ausgehen, die Einheit des Reiches zu zerstören, und die Delegationen werden künftig der Ausgangspunkt dieser Strebungen sein. Die Rechtscontinuität nennt Redner die Glorification des Revolutionsrechtes, ja die Prämiierung desselben. Kein Staatsmann, ja kein Politiker Europa's werde eine solche Basis für die Staatsbildung annehmen. Heutzutage sei die Staatenbildung nicht mehr abhängig von alten Pergamenten, die Forderungen der Zeit sind maßgebend, sonst kommt man aus Rechtscontinuitätsbedenken zur Stabilität.

Redner erinnert an die früheren Kompetenzstreitigkeiten und bedauert, daß mit den Delegationen ein neues

Streitobject geschaffen wurde, dies habe sich gestern, am dem ersten Tage, schon gezeigt.

Die Regierung habe dem Hause eine Vorlage zur verfassungsmäßigen Behandlung gemacht. Besteht die verfassungsmäßige Behandlung darin, daß man zu der Vorlage „ja“ sagt? Dem Hause müsse das Recht der Amendirung gewahrt werden, und weil er dies in der Specialdebatte zu thun beabsichtige, habe er in der Generaldebatte seinen Standpunkt gekennzeichnet.

Den Verfassern des Auser's Programms wirft Redner vor, sie hätten dasselbe Punkt für Punkt allmählig aufgegeben, der Starke weiche eben muthig zurück, und verweist dann auf den ungarischen Landtag, welcher noch nicht durch ein Lebenszeichen verrathen, daß er die Ausgleichsvorlagen zu berathen gedenke. Ungarn verstehe eben zu warten. Man sah dies an dem 67er Esaborate, das über das Stadium der Vorberathung nicht hinauszubringen war. Erst als Ungarn in Aussicht hatte die reife Frucht in den Schooß fallen zu sehen, arbeitete der Landtag plötzlich mit 3, ja mit 6 Atmosphären, und im Augenblicke war das Gesetz fertig.

„Herr v. Mende,“ sagt Redner, „hat gestern von dem Scheinconstitutionalismus gesprochen, welcher bisher herrschte. Warum haben Sie die Zügel der Regierung nicht ergriffen, als man sie Ihnen bot? Ich habe es immer für die Lebensaufgabe der Opposition gehalten, daß sie dort activ austrete, wo es sich darum handelt, die heilende Hand an die Wunden des Staates zu legen.“

Redner schließt, indem er den Vertagungsantrag zur Annahme empfiehlt. (Bravo links.)

Abgeordneter Dr. Berger will in wenigen großen Strichen die Unhaltbarkeit des Standpunktes nachweisen, welchen der Herr Vorredner einnimmt. Derselbe habe einen provocatorischen Ton angeschlagen gegen eine Partei, der er angehöre. Dem müsse er entgegenen, daß die Partei, der der Vorredner angehöre, mit Schuld sei an der Situation. Von 1861 bis 1865 habe die centralistische Partei die Macht in Händen gehabt und die Ohren verschlossen dem Rufe nach dem Ausgleiche. (Rufe: So ist es!) Diese Partei war es, welche den Scheinconstitutionalismus begünstigte (Bravo!) und die Schuld daran trägt. Sie sagt, die Rechtscontinuität sei eine Prämiierung der Revolution; der Kaiser selbst habe sie anerkannt, nicht um die Revolution zu prämiiren, sondern um sie zu schließen.

Die Centralisten plaidiren für die Vertagung; das ist also der Muth dieser Partei, sie will den Ausgleich verzetteln.

In dem gegebenen Falle könne man nicht sagen: „Zeit gewonnen, Alles gewonnen“, sondern es heiße umgekehrt: „Zeit verloren, Alles verloren“, und wenn von der Ministerbank beruhigende Versicherungen gegeben werden, könne das Haus die Vorlage nicht nur in zweiter, sondern auch in dritter Lesung annehmen.

In den letzten Tagen hatte man Gelegenheit in den Zeitungen zu lesen, man könne sich für das Delegationsgesetz nicht begeistern, und die Redner von gestern wiederholten dies. Aber er sehe die Begeisterung nicht als Aufgabe des Staatsmannes an, sondern es sei die innere Ueberzeugung von der Zweckmäßigkeit nothwendig; hat man diese von dem Ausgleich nicht, dann müsse man gegen alle Theile desselben stimmen. Die Gegner begnügten sich mit bloßer Negation, niemand mußte etwas besseres an die Stelle der Delegationen setzen.

Man sprach schüchtern von der Personalunion mit Deputationsverhandlungen, dies heiße, die Verlegenheiten in Permanenz erklären, er sehe dem gegenüber große Vortheile in den Delegationen. In der Personalunion sehe er den Beginn des Zerfalls Oesterreichs, in den Delegationen und dem verantwortlichen Reichsministerium die Verwirklichung des Reichsgedankens, und dies seien entwicklungsfähige Keime, von welchen er sich das Beste verspreche. Man verglich die Delegationen mit den deutschen Relationen und Correlationen, dies sei falsch, denn die Delegationen haben alle parlamentarischen Attribute der Oeffentlichkeit und des freien Wortes und er habe die Ueberzeugung, daß das Wort, welches in einer Delegation gesprochen wird, in der anderen seinen Wiederhall und Widerlegung finden werde, und er hoffe, daß endlich die Ueberzeugung sich Bahn brechen werde, daß diese Verhandlungen in einem gemeinsamen Körper leichter geführt werden können. Zu diesem Ziele werde man aber nicht durch Mißtrauen, nicht durch die Verwirrungstheorie gelangen. (Bravo!)

Man habe auf den complicirten Apparat hingewiesen, welcher geschaffen werde; da müsse er entgegenen, daß es in der Natur bedingt ist, daß jeder Organismus höherer Art auch ein complicirter ist. Uebrigens sei die Verfassung Deutschlands noch complicirter: Kreistag, Provinziallandtag, Landtag, Bundesparlament und Zollparlament.

Man hat das Concordat citirt, um eine andere Nothlage zu constatiren. Doch da sei nur das Eine vergessen oder ausgelassen worden, daß man es da mit einem ohnmächtigen Gegner zu thun habe, dessen „non possumus“ wir entgegenen werden „possumus“ und dessen Weigerung wir antworten werden mit: „Wir wollen.“ Versichern Sie das Ungarn gegenüber. Einen weiteren Vortheil von dem Dualismus verspricht sich Redner in Punkte der Freiheit und des Constitutionalismus, denn

in dieser Richtung bei der Specialdebatte Anträge stellen. Für den Fall der Nichtannahme derselben werde er mit ausdrücklichem Vorbehalt der zustehenden Landesrechte, die er durch jeden anders lautenden Beschluß für beeinträchtigt halte, für die Regierungsvorlage stimmen, weil dieselbe jenen Principien, die er allein für richtig halte, sich im Sinne und Geiste näherte. (Zustimmung auf der Rechten.)

Abgeordneter Dr. Rechsauer: Ich hatte heute bei Beginn der Sitzung die Absicht, von vornherein meinen und meiner Gesinnungsgenossen Standpunkt dahin zu kennzeichnen, daß wir in die Berathung dieses Gesetzes nur mit dem Vorbehalte einzugehen beabsichtigten, daß die definitive Erledigung desselben, nämlich die dritte Lesung, erst dann stattfinden solle, wenn auch die übrigen auf den Ausgleich bezüglichen Gesetze ihre Erledigung gefunden haben, und weiter jene Gesetze, welche wir bereits berathen haben und mit welchen die wichtigsten staatsrechtlichen Rechte und Freiheit festgestellt werden, wodurch die unseligen Bande, welche das geistige und materielle Wohl des Landes seit 1835 niederhalten, beseitigt sein werden.

Ich habe den Antrag aber deshalb zu stellen unterlassen, weil er mir geschäftsordnungsmäßig damals nicht am Platze schien; allein hervorgerufen durch den Antrag des Abgeordneten Stene, muß ich doch auf denselben zurückkommen.

Der Antrag Stene, die ganze Verhandlung zu vertagen, hat insofern eine Berechtigung, als mir scheint, daß, insofern das Februarpatent in Kraft besteht, wir gar nicht in eine Berathung eingehen können, wie die gemeinsamen Angelegenheiten behandelt werden sollen. So lange das Februarpatent in Kraft besteht, sind eben die gemeinsamen Angelegenheiten und deren Behandlung in diesem Patente bezeichnet. Beschließen wir aber heute einen anderen Behandlungsmodus für dieselben, so schreiten wir über die Februarverfassung hinaus. Wir haben nun bereits die Abänderungen der Februarverfassung mit Rücksicht auf den Ausgleich mit Ungarn beschloffen. Und wenn auch diese Abänderungen meinen Wünschen nicht in jeder Richtung entsprechen, so schließe ich mich denselben doch an, weil uns wichtige politische Rechte mit denselben zu Theil wurden.

Das würde nun allerdings rechtfertigen, in eine Berathung nicht einzugehen, allein die Ordnung der ungarischen Verfassungsfrage, die Zustandbringung des Ausgleiches ist eine andere Sache, und endlich muß doch auch hier daran gegangen werden. Wir können die Sache nicht wieder vertagen. Wenn ich mich daher dafür ausspreche, in die Berathung einzugehen, so glaube ich, daß wir die Arbeit, die vorliegt, nicht nutzlos hinausschieben sollen und daß wir mit gutem Grunde nicht in die Vertagung im allgemeinen eingehen, sondern heute zur Berathung schreiten können, jedoch mit dem Vorbehalte, daß die dritte Lesung erst dann stattfinden könne, wenn auch die übrigen Ausgleichsgesetze erledigt worden sind; das Ausgleichswerk muß eben ein Ganzes sein.

Ich und meine Gesinnungsgenossen sind bereit, in die Berathung einzugehen. Jedoch eine definitive Annahme des Gesetzes kann ich mir nur dann denken, wenn wir die Beruhigung haben, daß unser verfassungsmäßiges Recht die bereits beschlossene Erweiterung erfahre. Ich werde mir daher erlauben, wenn es an der Zeit sein wird, einen diesbezüglichen Antrag zu stellen, und erkläre, daß ich nur mit diesem ausdrücklichen Vorbehalt in die Berathung selbst eingehe.

Redner wendet sich sodann gegen die Bemerkung, daß man die Grundzüge des Auser's Programms verleugnet hätte. Man habe daselbst allerdings die parlamentarische Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten als Programmpunkt hingestellt und sei auch entschieden dafür eingetreten. Zur Herbeiführung einer Vereinbarung müßten beide Theile beitragen; Ungarn habe, wie bekannt, eine solche Erledigung der gemeinsamen Angelegenheiten nicht acceptirt.

Man habe darauf hingewiesen, den Delegationen wäre die Personalunion vorzuziehen.

Auch er würde vor dieser nicht zurückschrecken, wenn er nicht zwei gewichtige Bedenken gegen dieselbe hätte: erstens, daß in dem ungarischen Gesetzartikel 12 vom Jahre 1867 ausdrücklich erklärt ist, Ungarn erkenne eine rechtliche Verpflichtung zur Zahlung der Staatsschuld nicht an, und wolle nur aus Gründen der Billigkeit hiezu einen Beitrag leisten.

Bei der Annahme der Personalunion ziehe sich Ungarn auf seinen Rechtsstandpunkt zurück und die Staatsschuld bleibe dann eine Last für uns. (Bewegung.)

Bei der Personalunion werden zweitens auch die Armeen zu trennen sein, und wir werden dann zwei gesonderte Staaten haben.

Abgeordneter Dr. Nyger unterstützt den Antrag Stene.

Abgeordneter Dr. Danbeck stellt den Antrag auf Schluß der Sitzung. (Wird angenommen.)

Schluß der Sitzung: 2 Uhr 35 Min.

Nächste Sitzung morgen 10 Uhr.

Tagesordnung: Fortsetzung der Verhandlung über das Delegationsgesetz.

## Ausland.

es werde schwerer möglich werden, zwei Constitutionen zu stützen, als es möglich war, den Centralisten den Boden zu entziehen.

Er hoffe, daß die Regierung noch bündige Erklärung abgeben werde, und da er an die Stelle der Delegationen nichts besseres zu setzen wisse, werde er für das Delegationsgesetz stimmen und empfehle dasselbe dem Hause zur Annahme. (Lebhafte Beifall im Hause und auf den Galerien.)

(Schluß folgt)

## Der Voranschlag für 1868.

Der Finanzminister Freiherr v. Becke hat dem Ausgleichs-Ausschusse des Abgeordnetenhauses, in Folge einer Aufforderung des Ausschusses, einen „approximativen Voranschlag für 1868“ mitgetheilt. Das 1868er Budget ist naturgemäß eine Approximation, denn dasselbe ist auf die Voraussetzung des Ausgleiches mit Ungarn gebaut. Dennoch liefert die vorliegende Skizze „ein möglichst getreues Bild der finanziellen Verhältnisse der westlichen Reichshälfte im kommenden Jahre.“ Die Ansätze des Präliminars für 1868 lauten:

## A. Ausgaben-Stat.

Hofstaat 3,000.000 fl., Cabinetskanzlei 73.000 fl., Reichsrath 332.000 fl., Ministerrath 15.000 fl., Ministerium des Innern 17,400.000 fl., Ministerium für Cultus und Unterricht 4,517.000 fl., Ministerium der Polizei 1,773.000 fl., Finanzbehörden (annäherungsweise) 10,200.000 fl., Subvention an Landesfonds 475.000 fl., an Industrieunternehmungen 2,016.000 fl., an Grund-entlastungs-Fond 3,696.000 fl., zusammen 6,187.000 fl., allgemeine Cassenverwaltung 10,000.000 fl., Pensions-Stat 8,200.000 fl., Handels-Ministerium 3,462.000 fl., Justiz-Ministerium 8,800.000 fl., Controlbehörden 413.000 fl., Restzahlungen für verkaufte Aerial-Eisenbahnen 335.000 fl., zusammen 74,707.000 fl., Beitrag zur Staatsschuld 109,237.000 fl., Beitrag zu den pragmatischen Auslagen 58,160.200 fl., Gesammtverordnungs- der diesseitigen Reichshälfte 242,104.200 fl.

## B. Bedeckungs-Stat.

Ministerium des Innern 449.104 fl., Ministerium für Cultus und Unterricht 44.296 fl., Ministerium der Polizei 352.340 fl., Finanzministerium: Cassenverwaltung 1,103.700 fl., directe Steuern 65,988.680 fl., indirecte Abgaben: Verzehrungssteuer 40,884.399 fl., Salz 20,268.060 fl., Tabak 23,875.519 fl., Stempel 11,383.536 fl., Taxen, Gebühren 17,253.743 fl., Lotto 5,777.958 fl., Mauthen 2,611.884 fl., Pünzierung 76.192 fl., Einnahmen vom Staatseigenthum 2,827.867 fl., Handels-Ministerium 2,223.900 fl., Justiz-Ministerium 156.409 fl., zusammen 195,337.687 fl.

## Reichsauslagen:

Ministerium des Aeußern 3,000.000 fl., Reichs-Finanzministerium 600.000 fl., Credits- und Geld-Manipulations-Auslagen 2,040.000 fl., Reichspensionen 1,500.000 fl., Reichssubvention (Vohd) 2,000.000 fl., Kriegs- und Marinebudget 80,000.000 fl., Militär- und Marine- Buchhaltung 948.000 fl., zusammen 90,088.000 fl., Ueberschüsse des Zollgefälles der diesseitigen Reichshälfte 8,502.000 fl., der ungarischen Reichshälfte 1,600.000 fl., zus. 10,102.000 fl. Davon bleibt 7,002.000 fl., und es beträgt somit das gemeinschaftlich zu bedeckende Erforderniß 83,086.000 fl.

Obigen Zahlen zufolge beträgt das Erforderniß pro 1868 für Eisleithanien 242.10 Millionen, die Bedeckung 195.33 Millionen, somit ergibt sich ein Abgang von 46.67 Millionen.

Daß dieses Deficit seine Bedeckung durch eine Vermehrung der Staatnoten finden dürfte, scheint in der ministeriellen Note insofern angedeutet, als dieselbe eine Berechnung enthält für den Fall, daß eine weitere Noten-Emission nicht beliebt würde. Die Einstellung der Noten-Fabrication ist somit nur als ein möglicher Fall unter mehreren vorgehen.

Das gemeinsame Reichs-Budget pro 1868 gestattet sich nach der approximativen Zusammenstellung des Finanzministers folgendermaßen: Von obiger Summe übernimmt Ungarn 30 Procent, oder 24,925.800 fl., somit verbleiben 58,160.200 fl. als der Beitrag, welchen Eisleithanien für die gemeinsamen Angelegenheiten zu leisten hat.

## Oesterreich.

Wien, 12. Nov. (Die Conferenz.) Bezugnehmend auf den Stand der Conferenzfrage wird der „Deb.“ geschrieben: „Die Einladung zur Conferenz, welcher die Aufgabe gestellt sein würde, sich mit der Regelung der Beziehungen zwischen dem h. Stuhle und Italien zu beschäftigen, soll gestern hier endlich eingetroffen sein. Die eben erwähnte Definition des Zweckes der Conferenz dürfte mit der vom Marquis de Moustier gewählten, vorsichtig im allgemeinen gehaltenen Formel übereinstimmen. Dieselbe ist wohl aus dem Grunde gewählt worden, um denjenigen Mächten zu genügen, welche Anstand nehmen, sich von vorneherein für die Aufrechthaltung des status quo in Rom zu engagiren. Eine andere Frage aber ist, ob der h. Stuhl eine in solcher Weise eingeleitete Conferenz beschickt, und doch hängt deren Zustandekommen von der Zustimmung der päpstlichen Regierung ab.“

Berlin, 12. November. (Zollvertrag.) Der „Staatsanzeiger“ veröffentlicht den Zollvertrag vom 8ten Juli und die Einführung der preussischen Militärgesetze im Nordbunde.

Stuttgart, 12. November. (Abgeordnete n k a m m e r.) Eine Anfrage Mohls beantwortet Minister Barnbüler dahin, daß Verhandlungen über eine Anbahnung weiterer gemeinsamer Gesetzgebungsarbeiten zwischen den Südstaaten und dem Norddeutschen Bunde nicht stattgefunden haben. — Hölders Antrag, es sei der König zu bitten, die unverweilte Vorlage der Verfassungsrevision zu verfügen, wurde einer Commission überwiesen.

Karlsruhe, 12. November. (Die Abgeordnete n k a m m e r.) nahm nach einer zweitägigen Debatte das Preßgesetz im wesentlichen nach dem Antrage der Commission an. Auf Antrag Eckards stimmte die Mehrheit für die Abschaffung der polizeilichen Beschlagnahme. Das Amendement Wunde's, daß über Preßvergehen, deren Verfolgung der Staatsanwaltschaft obliegt, das Schwurgericht entscheidet, wurde an die Commission zurückgewiesen.

München, 13. November. (Die Südstaaten und der Nordbund.) Ein Leitartikel der „Süddeutschen Presse“, indem er auf den Artikel der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ betreffend die Feststellung des Verhältnisses der Südstaaten zum Nordbunde eingeht, bemerkt, daß durch die Aufnahme der süddeutschen Staaten in den Nordbund aus diesem thatsächlich ein deutscher Bund werden würde, dessen Verfassung nicht dieselbe bleiben könnte. Die Revision der Verfassung des Nordbunds wäre die Voraussetzung des Eintritts sämtlicher Südstaaten in denselben. Durch den Eintritt Badens und Hessens allein wird der Nordbund noch nicht ein deutscher Bund. Die Befürwortung des Außenlebens Württembergs und Baierns seitens der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ liege daher im wohlwogenen Interesse der preussischen Politik. Vor Allem richtig erscheine die Bemerkung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ betreffs des Zollparlaments. Der bloße Eintritt Hessens und Badens belästigt noch das Parlament des Nordbundes im Mittelpunkte des neuen Systems. Mit dem Eintritte Baierns und Württembergs verlegt sich dieser in das Zollparlament. Ein solcher Gang der Dinge erscheint uns, sagt die „Süddeutsche Presse, wie sich einmal die Verhältnisse gestaltet haben, als der wünschenswerthe. Nur würde die „Süddeutsche Presse“ abweichend von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ die Ausschließlichkeit des preussischen Veto's dem Collectivveto Württembergs und Baierns vorziehen, wünschte aber dasselbe als Veto des Bundes-Oberhauptes aufgeführt zu wissen, in dem Sinne, in welchem dem Präsidenten der Vereinigten Staaten dem Congresse gegenüber ein Veto zusteht. Nur in diesem Sinne kann Preußen billigerweise das Veto im Zollvereine beanspruchen, das jeder unbefangene Beurtheiler ihm auch wird zusprechen müssen.

Florenz, 12. November. (Die römische Frage gelöst.) Der, wie schon einmal bemerkt, etwas sanguinische Correspondent der „G. di Venezia“ meldet als ganz authentisch, Lamarmora habe vom Kaiser Napoleon solche Zugeständnisse erlangt, daß ein Congreß zur Lösung der römischen Frage ganz überflüssig erscheine. Alles sei in einem den „Rechten und Bestrebungen“ Italiens günstigen Sinne entschieden. Rom werde für eine freie und unabhängige Stadt erklärt und dies bis zum Tode Pius IX. bleiben, worauf man die Bevölkerung über ihr Geschick abstimmen lassen werde.

12. November. (Eine päpstliche Bulle.) Die officielle Zeitung schreibt: Die römischen Journale veröffentlichen eine päpstliche Bulle, welche die apostolische Legation in Sicilien aufhebt. Die Regierung hat nicht erst nöthig, den Mißbrauch dieser Maßregel zu constatiren, welche dahin zielt, die Krone einer ihrer unverletzlichen Prärogative zu berauben. Sie beschränkt sich darauf, zu erklären, daß die nöthigen Maßnahmen ergriffen wurden, daß wer immer diese Verfügung ausführen wollte, den Tribunalen übergeben werde.

## Tagesneuigkeiten.

(Der neue Lloyd-Dampfer), der am 9. v. in Triest im Arsenal der Dampfschiffabritsgesellschaft des österreichischen Lloyd vom Stapel gelassen wurde, erhielt den Namen „Dreife“ und ist ganz aus inländischem Eisen verfertigt. Sein Gehalt beträgt 1000 Tonnen, seine größte Länge 217, die Breite 28 Fuß 6 Zoll, die Höhe 20 englische Fuß. Die Maschine von 200 Pferdekraft (nominell) ging aus den Werkstätten des Stabilimento tecnico triestino hervor. Im Lloydarsenal sind noch zwei Dampfer im Bau, nämlich „Pillade“ und „Mars“, zu welchen ebenfalls ausschließlich inländisches Eisen verwendet wurde und deren ersterer in ungefähr zwei Monaten zum Stapellauf bereit sein wird.

(Wölfe in der Bukowina.) Die „Bukowina“ bringt fortwährend Nachrichten, die ihr von mehreren Seiten zukommen über die Vermehrung und Verbreitung der Wölfe in der Bukowina, welche sich sogar schon bis in die Nähe von Czernowiz wagen. In manchen Gegenden des Landes, schreibt sie, wo Waldwege passirt werden müssen, getrauen

sich die Landleute nur noch in Gesellschaft zu gehen, da der Einzelne Gefahr läuft, von den Bestien zerrissen zu werden. Vor einigen Tagen fand eine große Wolfsjagd drei Meilen von Czernowiz statt. Kurz vorher wurden in dieser Gegend mehrere Haushiere, darunter eine Kuh, zwei Fohlen, Schweine u. s. w. von den Wölfen zerrissen.

(Grubenunfälle.) In London traf am 9. v. fast zu gleicher Zeit die Nachricht von zwei Grubenunfällen ein. In Hetton, Grafschaft Durham, gerieth eine Kohlengrube in Brand und 200 Arbeiter entrannten nur mit genauer Noth durch einen Nebeneingang in eine andere Grube, und aus Monmouthshire telegraphirt man, daß dort ebenfalls eine Grube in Feuer steht und man befürchtet, von 300 Personen im Innern derselben nur wenige retten zu können.

(Der fürchtbare Sturm) der auf St. Thomas am 29. October wüthete, hat ungeheuren Schaden verursacht. Die Directoren der westindischen Postdampfergesellschaft haben durch den atlantischen Telegraphen von ihrem Superintendenten in Havana am 8. v. folgende Depesche erhalten: Der Dampfer „Rhone“ ging bei Peter Island zu Grunde, der Dampfer „Bye“ bei Bud Island; der „Conway“ ist bei Tortola, der „Derwent“ bei St. Thomas gestrandet. Die Dampfer „Tyne“ und „Solent“ entmastet, aber dienstfähig. Fünzig Segelschiffe gestrandet. Fürchtbarer Verlust an Menschenleben. Die Stadt in Ruinen, das Fieber vorüber. Der Dienst der Compagnie wird aufrechterhalten. Der Dampfer „Douro“ wird am 4. nach England abgehen. — Mit ängstlicher Spannung, schreibt die „Engl. Corr.“, erwartet man weitere Berichte, und doch werden alle Einzelheiten nicht vor dem 15. oder 16. v. in England eintreffen können. Der Postdampfer „Rhone“, der total zu Grunde ging, war ein prachtvolles Schiff von 2738 Tonnen und 500 Pferdekraft. Das andere, als total verloren gemeldete Schiff, der Postdampfer „Bye“, war kleiner (752 Tonnen mit 150 Pferdekraft) und ungefähr zehn Jahre alt. Auch die beiden „gestrandeten“ Dampfer der Compagnie, der „Conway“ und der „Derwent“, waren kleinere Fahrzeuge, die den Dienst zwischen den westindischen Inseln besorgten. Der „Rhone“ hatte 100, der „Bye“ 50 Mann zur Bedienung an Bord, und leider sollen bloß 40 davon mit dem Leben davongekommen sein. Ueber den Verlust an Frachten auf genannten und den anderen zu Grunde gegangenen Schiffen läßt sich zur Stunde kaum eine Vermuthung wagen; der Schaden wird jedenfalls ungeheuer sein. Neuere Depeschen aus St. Thomas bestätigen nicht allein obige Mittheilungen, sondern enthalten die traurige Kunde, daß die Besatzung des „Rhone“ insgesammt, die des „Bye“ zum Theil verloren ist und von den Passagieren nur 12 durch den nach Southampton bestimmten Dampfer gerettet wurden.

## Locales.

(Für Raucher.) Die neue Cigarrensorte: „Gemischte Virginier“ wird demnächst hier in Verkehr gesetzt.

(Sämereien aus Mexico) wurden von heimlebenden Angehörigen des kais. mexicanischen Corps österreichischer Freiwilligen nach Krain mitgebracht, und es wird uns berichtet, daß hier Versuche mit dem Anbau solcher Pflanzen angestellt worden sind. Die schwarze mexicanische Bohne hat bei dem versuchsweisen Anbau in der hiesigen Kratauorstadt 1196fachen Ertrag geliefert.

(Beneficevorstellung.) Morgen wird zum Vortheile unseres beliebten Gesangsleiters Herrn Müller Raimund's „Diamant des Seinerkönigs“ in Scene geben. Wir freuen uns über die Wahl, welche Herr Müller getroffen hat. Raimund's Stücke verdienen der Vergessenheit, welcher sie fast schon anheimgefallen waren, entziffen zu werden. In ihnen ist ein volkstümlicher, echt poetischer Geist, eine gesunde Lebensanschauung, ein harmloser und dabei doch treffender Witz und immer sind sie von einer sinnvollen Idee durchwärmt. Den inneren Werth der Raimund'schen Stücke zeigen die Erfolge, welche ihre Vorführung soeben im Theater an der Wien erzielt. Wir wünschen nur im Interesse des Beneficianten, der uns so viele heitere Abende bereitet hat, daß ihm durch ein volles Haus auch — ein heiterer Abend zu Theil werde. — Das gestern gegebene Lustspiel „Der Winkelreiber“ von Adolphi, nach Terenz, enthält zwei gelungene Charakterfiguren in der Titelfigur und dem Schreiber Adam, welche durch die Herren Kroschel und Müller ausgezeichnet vertreten waren. Namentlich bot Hr. Müller eine wahrhaft originelle Figur, wie aus einem Vog'schen Roman geschnitten, eine Art Oliver Twist im vergrößerten Maßstabe. Auch die übrigen Mitwirkenden thaten ihr Möglichstes, und das leider wieder sehr spärliche Publicum spendete der Darstellung seinen vollen Beifall.

## Bericht über die Sitzung des krain. Landes-Ausschusses vom 8. November.

(Schluß.)

Einen weiteren Gegenstand der Tagesordnung bildete die Verhandlung wegen der angemessenen Erweiterung des P. P. Glavar'schen Armen- und Krankenhauses zu Commenda St. Peter im Bezirke Stein.

Nach dem Willen des Stifters sollen in diesem Pfrundenhause vor allem arme und erwerbsunfähige Insassen der Pfarre Commenda und ehemalige Untertanen der Herrschaft Landpreis, dann aber auch andere Arme aus Krain überhaupt ihre Pflege und Wartung erhalten; und es ist die Verwaltung dieser Anstalt einem vom Stifter eigens eingesetzten Beneficiaten anvertraut. Das Oberaufsichtsrecht

hierüber, sowie die Administration und die Verwahrung des Peter Paul Glavar'schen Stiftungsfonds aber steht gegenwärtig dem Landesaussschusse zu, welcher diese Agende im Jahre 1866 von der k. k. Landesregierung übernahm.

Bisher fanden im Spitale zu Commenda 14 dortige Localarme Aufnahme, den Landspfeisern dagegen, welchen das Pfändnerhaus zu entlegen ist, um daselbst Unterkunft zu suchen, wurden Handstipendien gegeben, die Ueberschüsse aus den Einkünften des Fonds aber wurden fortgesetzt fructificirt.

Nachdem nun der Fond auf die beträchtliche Höhe von circa 120.000 fl. mit einer jährlichen Revenue von circa 5800 fl. angewachsen, so ist es an der Zeit, nach dem ausgesprochenen Willen des Stiflers für eine entsprechende Erweiterung des Stiftsgebäudes zu sorgen und die Wohlthat seiner schönen Stiftung nach Maßgabe der angewachsenen Mittel einer größeren Anzahl von Hilfsbedürftigen angedeihen zu lassen.

Die gepflogene Localerhebung hat gezeigt, daß sich der Belagsraum des Spitales in Commenda durch einen zweckmäßigen Zubau und durch rationelle Eintheilung der jetzigen Räume ohne bedeutende Auslagen wohl für 50 bis 60 Personen erweitern ließe. Die Zahl der Stiftsplätze in der Anstalt könnte von 14 auf mindestens 40, die Zahl der Handstipendien für die Landspfeiser auf das doppelte vermehrt werden. Außerdem ist es möglich, dem Willen des Stiflers gemäß, durch Feststellung einer besseren Dotation für die Anstalt einen vollkommen befähigten graduirten Arzt zu gewinnen.

Der Landesaussschuß beschließt im Einvernehmen mit dem Stiftsbeneficiaten, einen Erweiterungsbau, wodurch auch dem dringend gefühlten Bedürfnisse eines größeren Siechenhauses Rechnung getragen werden soll, so wie die obangedeutete Vermehrung der Stiftsplätze beim nächsten Landtage in Antrag zu bringen, und veranlaßt sofort die Verfassung der Pläne und Kostenüberschläge. Ferner wird zur Besetzung der Spitalarztesstelle durch einen Doctor der Medicin der Concurs ausgeschrieben.

Der Magistrat hat dem Landesaussschusse einen Antrag der Realschuldirection auf Einführung des Modellir-Unterrichtes, auf Umstaltung und Zumiethung mehrerer Localitäten und auf Nachschaffung von Einrichtungsgegenständen, welche Herstellungen, abgesehen von dem höheren Mietzins ein Aufwand von 1734 1/2 fl. erheischen, rüchichtlich der den Landesfond betreffenden Tangente zur Schlußfassung übermittel.

Da aus der Eingabe der Realschuldirection erhellt, daß sie zur Zeit der Antragstellung den neuen Lehrplan für die Realschulen selbst noch nicht kannte; eine so kostspielige Erweiterung des Unterrichts und Umstaltung der Schullocalitäten aber süglich nur auf Grundlage eines gesehlich festgestellten Lehrplans erfolgen kann, eine solche provisorische Vorkehrung übrigens jest, wo ohnehin die Verhandlung wegen zweckmäßiger definitiver Unterbringung der Realschule im Zuge ist, nicht am Platze wäre; so beschließt der Landesaussschuß 1. die Realschuldirection zu ersuchen, vorläufig den veränderten Lehrplan dem Landesaussschusse zur Einsicht vorzulegen, um den Gegenstand der Frage in gründliche Verhandlung nehmen zu können, und 2. auch die Directionen anderer gleichartiger Lehranstalten, wie der Oberrealschulen von Klagenfurt, Görz, Salzburg, Linz um die Auskunst zu ersuchen, ob auch dort der Modellirunterricht, in welchem Umfange, mit welchem Erfolge als obligater Lehrgegenstand eingeführt sei und wie hoch sich der Kostenaufwand hiesfür beziffere.

Die übrigen Berathungsgegenstände betrafen meist specielle Gemeinde- und Parteienangelegenheiten.

Neueste Post.

Wien, 14. November. Im Ausgleichsausschuß fand eine Debatte anlässlich der Bedeckung der Deficits beider Reichshälften für 1868 durch eine gemeinsame Creditoperation, bestehend in einer Notenemission, statt. Sene und Brestl bekämpfen eine weitere Notenemission, Brestl bezeichnet die Ausführungen des Finanzministers in der letzten Sitzung als sanguinisch. Der Finanzminister entgegnete, er glaube nicht, sich sanguinischen Anschauungen hingegen zu haben. Als ehrlicher Mann bliebe er nicht auf seinem Posten, hätte er nicht die feste

Ueberzeugung, daß Oesterreich seinen Credit erhalten könnte. Man müsse ihn jedoch unterstützen. Die Beschaffung der erforderlichen Mittel müsse von der Volksvertretung möglich gemacht werden, dann sei er der Ansicht, die Finanzlage sei nicht so schlimm, als behauptet werde. Winterstein will eine Notenemission nur für den außerordentlichen Fall eines Kriegsausbruchs, diese Ansicht theilen Plener und Berger. Der bezügliche Paragrph wurde mit großer Majorität verworfen, übrigens das Gesetz mit geringen Abänderungen angenommen.

Telegramme.

(Original-Telegramm der „Lairbacher Zeitung.“) Wien, 14. November. In sechsstündiger Sitzung wurde heute vom Abgeordnetenhaus nach längerer Rede des Reichskanzlers die General- und Specialdebatte über das Delegationsgesetz geschlossen, Sene's Antrag (auf Vertagung bis nach Erledigung der materiellen Auseinandersetzung mit Ungarn) verworfen und die Regierungsvorlage angenommen.

Berlin, 13. Nov. Der „Hannoversche Courier“ meldet: Die im vorigen Jahre nach London geschafften 22 Millionen hannoverscher Staatsgelder sind hier wieder eingetroffen und deponirt. — Die „Provincial-Correspondenz“ schreibt: Der neue Zollvertrag tritt am 1. Jänner 1868 in Wirksamkeit; vermuthlich wird der erweiterte Bundesrath im Jänner, das Zollparlament Anfangs Februar einberufen. — Ueber die italienische Frage schreibt die „Correspondenz“, daß zu einem glücklichen Erfolge der Conferenzenberathungen zunächst ein Einverständnis der nächstbetheiligten Mächte über die allgemeinen Grundlagen der beabsichtigten Regelung erforderlich sei. — Die „Nordd. Allg. Ztg.“ dementirt die Nachricht eines Wiener Blattes, daß Frankreich in der nord-schleswig'schen Frage einen Compromiß vorge schlagen habe, wonach Dänemark gegen Einwilligung in die preußischen Garantieforderungen und Uebernahme der Staatsschulquote die Inseln Alsen und Sundewitt, ausschließlich der Festungen Düppel und Sonderburg, erhalten sollte. — In Hannover bleibt die Landdrosteiverfassung erhalten.

Paris, 13. November. Die „Patrie“ meldet: Heute Morgens hat in St. Cloud ein Ministerrath stattgefunden. Die Decrete, mit welchen Pinard zum Minister des Innern und Magne zum Finanzminister ernannt werden, sollen morgen im „Moniteur“ erscheinen. Die „Patrie“ sagt ferner: Die französische Depeche über die Conferenz formulirt keinen Lösungsvorschlag. Dieselbe signalisirt nur, die Lage Italiens habe nothwendig gemacht, der Wiederkehr von Ereignissen zuvorzukommen, welche den Frieden Europa's stören können. Der „Siecle“ und die „Patrie“ schreiben: Riquet, zugetheilter Professor an der medicinischen Facultät, und Acolas, Advocat, wurden gestern verhaftet und in ihren Wohnungen Durchsuchungen vorgenommen. Der „Figaro“ fügt hinzu: Es sei das Gerücht verbreitet, die Polizei hätte eine geheime Gesellschaft entdeckt und 18 Personen verhaftet. Die „Patrie“ spricht von 6 Verhaftungen und fügt hinzu, eine der Personen, bei welchen Hausdurchsuchungen stattfanden, habe gestern eiligst Paris verlassen.

Paris, 13. November. (N. Br. Tgblt.) Das Ergebnis der mit den Cabinetten wegen der Conferenz geführten Vorverhandlungen ist: daß keines derselben sich gegen den Wunsch der päpstlichen Regierung, die Conferenz in Rom abzuhalten, ausgesprochen hat, daß aber England und Rußland sich entschieden weigerten, die Unabhängigkeit des Kirchenstaates und die Souveränität des Papstes als Grundlage und Ausgangspunkt der Conferenzverhandlungen anzuerkennen. — Rußland verlangt consequent Ausdehnung der Conferenz auf die orientalische Angelegenheit. Die Einladungsschreiben zur Conferenz sind am 9. und 10. von Paris abgegangen, aber gleichzeitig die Gesandten Frankreichs angewiesen worden, die besondere Ermächtigung zur Ueberreichung abzuwarten.

Paris, 14. November. (Tr. Z.) Der „Moniteur“ veröffentlicht die Ernennung Magne's zum Finanz-, Picard's zum Minister des Neufbern. Lavalette wurde Geheimrathsmittglied. Ein anderes Decret stellt den durch Gesetz vom Juni 1861 eingeführten Steuerzuschlag auf die von fremden Schiffen eingeführten Körnerfrüchte und Wehl ein. Der „Moniteur“ veröffentlicht auch einen ausführlichen, aus Rom vom 8. November datirten Bericht des Generals Faillh über die Gesechte bei Mentana und Monte rotondo.

Bukarest, 13. November. In Folge einer von dem Deputirten Jeurianu gestern an das Ministerium gerichteten heftigen Interpellation wurden die Kamern und der Senat heute vom Fürsten aufgelöst.

Telegraphische Wechselcourse

vom 14. November. 5perc. Metalliques 57. — 5perc. Metalliques mit Mai- und November-Zinsen 58.50. — 5perc. National-Antheile 66.80. — Bankactien 687. — Creditactien 181. — 1860er Staatsanlehen 83. — Silber 121. — London 123.30. — R. f. Ducaten 5.85.

Geschäfts-Zeitung.

Zur Frage des österreichischen Eisexportes bringt die „Austria“ einen interessanten Bericht des k. k. Consulates in Suez, der für die Zukunft günstige Resultate in Aussicht stellt. Aus demselben geht hervor, daß mit Eröffnung des Suezcanals dem österr. Eisen ein bedeutendes Absatzgebiet erschlossen wird, und wenn es auch nicht möglich ist, daselbe in genauen Ziffern anzudeuten, so wird man doch immerhin auf einen Export von mindestens 20.000 T. bloß nach den angeführten Plätzen rechnen dürfen. Ein Bericht des k. k. Consulates in Constantinopel läßt entnehmen, daß auch dort für ein derartiges österreichisches Unternehmen die Aussichten nicht ungünstig stehen. Entbahren auch die Seen Rarentens, welche als Hauptproductionsorte des Eiszes zu betrachten sind, gegenwärtig noch einer leichten und kurzen Verbindung mit den Exporthäfen, so ist es doch Thatsache, daß sich alljährlich in nächster Nähe von Görz große Eisvorräthe vorfinden, welche bei einigermaßen rationellem Betriebe gewiß zu annehmbaren Preisen auf den Markt gebracht werden könnten. Es dürfte sich deshalb speciell für die Handels- und Gewerbetammer in Görz empfehlen, den obigen Andeutungen des österr. Consulates in Constantinopel Aufmerksamkeit zu schenken, und hiesfür in ihrem Wirkungskreise die bestmögliche Verwertung zu suchen.

Officieller Ausstellungsbericht. Soeben ist die zweite Lieferung des von dem österreichischen Centralcomité herausgegebenen Ausstellungsberichtes erschienen. Dieselbe bildet einen stattlichen Band von etwas über 20 Bogen, mit 51 in den Text gedruckten Holzschnitten, 5 chromo-lithographischen Karten und 5 lithographischen Tafeln. Die Lieferung enthält den Bericht über die Ausstellung der Verkehrsmittel auf der Pariser Ausstellung (Classe 61 bis 64) Derselbe wird eingeleitet durch einen statistischen Bericht des Prof. Dr. Franz Neumann über das Verkehrsweisen der Welt. Demn folgen die Berichte über Wagenfabrication und Wagenerarbeiten von S. B. Engl jun., über Sattler- und Riemenarbeiten von demselben, über das fixe Eisenbahnmateriale (Oberbau, Signale und Bahnhofsanlagen) von Theodor Ritter von Goldschmidt, über Eisenbahnwagen von demselben, über Locomotiven von Joseph Ritter v. Summer-Tranfels, über das Materiale für Telegraphie von Dr. Herm. Miltzer und über das Materiale für Schifffahrt und Rettungsweisen von Joh. Morath. Schon aus einer oberflächlichen Betrachtung der verschiedenen Arbeiten geht hervor, daß deren Verfasser mit großer Sachkenntnis und anerkennenswerthem Fleiße an ihr Werk gegangen sind.

Angefommene Fremde.

Am 13. November. Stadt Wien. Die Herren: Palm, von Wien. — Langert, von Sagor. — Oesterreicher, Kaufm., von Miluchen. — Fink, Fabricant, von Graz. — Dohler, Werkverw., von Sagor. Elephant. Die Herren: Dolenz, Outbes, von Rusdorf. — Battledner, Kaufm., und Maravaldi, von Wien. Kaiser von Oesterreich. Die Herren: Jurtar, Handelsm., und Media, Lehrer, von Laas.

Theater.

Heute Freitag: Der Ironadour. Oper in 4 Acten von Verdi.

Meteorologische Beobachtungen in Lairbach.

Table with columns: Monat, Zeit der Beobachtung, Barometerstand in Lairbach, Lufttemperatur nach Reaumur, Wind, Richtung des Windes, Niederschlag in Lairbach. Data for Nov 14, 15, 16.

Berautwortlicher Redacteur: Ignaz v. Kleinmann

Börsenbericht.

Wien, 13. November. Bei günstiger Stimmung stellten sich fast alle Effecten höher, während Devisen und Valuten neuerdings ermatteten. Geld abundant. Geschäft beschränkt.

Large table with columns: Offentliche Schuld, Actien (pr. Stüd.), Pfandbriefe (für 100 fl.), Lose (pr. Stüd.). Rows list various financial instruments and their values in Gold and Baare.